

Rüsselsheim als selbstbewusste und demokratische Stadt -

Eine Alternative zu „Rüsselsheim 2020“

Von Dr. Werner Rügemer, Köln



Eine Expertise
im Auftrag der Fraktion

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Dr. Werner Rügemer

Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität Köln zum Thema „Kommune und Globalisierung“,
stellvertretender Vorsitzender von Business Crime Control (BCC),
u.a. Sachverständiger im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Buchveröffentlichungen:

Colonia Corrupta (2002),
arm und reich (2003),
Cross Border Leasing. Die globale Enteignung der Städte (2004),
Die Berater (2004),
Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz (2006),
Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim (2006)

Herausgeber:

Die Linke/Liste Solidarität
Rathaus Rüsselsheim
Fraktionsbüro 314

Telefon 06142/794711/12/13
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de
Internet: www.liste-solidaritaet.de

Inhalt:

1. Symbolpolitik statt Realanalyse	4
2. Blindstellen und Tabuzonen	5
3. Konsens-Gemeinschaft unter Experten- und Sponsoren-Fuchtel	5
4. Der „demografische Faktor“ oder die Privilegien - Wirtschaft	7
5. Automotive cluster und Flughafen: Unsichere Arbeitsplätze und Öko-Keulen	8
6. „Stadtumbau West“: Leuchttürme und Schrumpfkurs	10
7. Die Abschaffung des Öffentlichen Raums: Business Improvement District	12
8. „Strukturelles Haushaltsdefizit“ – selbstverschuldet?	13
9. Der Gutachter Rürup als abschreckendes, aber aufklärendes Beispiel	13
10. Statt Privatisierung: Ausbau öffentlicher Dienstleistungen	15
11. Empfehlungen	16

Die Studie „Rüsselsheim 2020 ist eine Gefälligkeitsstudie. Sie genügt keinen wissenschaftlichen Ansprüchen. Sie basiert auf kaum verkleideten Wünschen der Fraport AG, der Adam Opel GmbH und Teilen der Rüsselsheimer Geschäftslobby. Die Studie ist sozial unausgewogen. Umworbene Zielgruppen sind junge berufstätige Singles und Paare und gut verdienende Hochqualifizierte. Die Interessen und die Lage der Bevölkerungsmehrheit bleiben ausgeblendet. Entscheidende Daten werden nicht erhoben. Die Umsetzung der Vorschläge würde die ohnehin schon bestehende Entfremdung zwischen Bevölkerung und der politisch-unternehmerischen Elite weiter verschärfen. Mögliche Zukünfte würden verbaut statt eröffnet.

1. Symbolpolitik statt Realanalyse

Auf der Titelseite der Studie sind die Embleme der Johann Wolfgang Goethe Universität und der Technischen Universität Darmstadt abgebildet. Hier wird mit vermeintlichen wissenschaftlichen Bezügen eine angemäßte Autorität simuliert. Die beiden Hochschulen haben mit den privatwirtschaftlichen Aktivitäten der beiden Multi-Gutachter Rürup und Hujer nichts zu tun. Vielmehr nutzen sie das Renommé ihrer Hochschulen, an denen sie aus allgemeinen Steuermitteln alimentiert werden, um zusätzliche private Aufträge zu ergattern. Für die Adam Opel GmbH und den Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim ist die Beauftragung der beiden Professoren nichts anderes als der Versuch, sich mit vordergründigen Autoritätssymbolen zu schmücken und eine Bedeutung herbeizureden, die der Studie real nicht zukommt.

Auch die Symbolzahl 2020 ist inhaltsleer. Sie soll „Zukunft“ symbolisieren. In den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts trugen solche Studien die „magische“ Zahl 2000, danach 2010. Nachdem diese Zahlen vernutzt und die angekündigten Entwicklungen regelmäßig nicht eingetreten sind, wird jetzt mit 2020 und 2030 hantiert.

Ähnlich nichtssagend sind die „Tiefeninterviews“ mit lokalen „Experten“. Unabhängig davon, wie „tief“ diese Interviews überhaupt durchgeführt wurden, haben sie lediglich Klischees zutage gefördert: „modernes Dienstleistungszentrum“, „Leben im 21. Jahrhundert“, „Standort attraktiver machen“. Möglicherweise ist in den „Tiefen“ der befragten Experten auch nichts anderes zu finden, selbst wenn sie mit den ausgefeiltesten Methoden der Wissenschaft erkundet würden.

Bürger wurden nicht befragt, sondern nur 40 genehme Funktionäre der Wirtschafts-, Banken-, Handels- und Kammerlobby und der „wirtschaftsfreundlichen“ politischen Parteien, der Parteien also, die ohnehin nichts anderes als die Wirtschaftslobby sagen und ihrem originären politischen Auftrag nicht mehr nachkommen. Die Einseitigkeit zeigt sich beispielsweise auch in der Dreifachbefragung der „Experten“ der Stenner

GmbH. Die methodischen Voraussetzungen und die Ergebnisse der Studie erweisen sich somit als geschlossener Zirkel, in den ein großer Teil der Wirklichkeit nicht eindringen kann.

Die Teile der Studie, die man als „harte facts“ bezeichnen könnte, sind anderen Untersuchungen entnommen. Rüsselsheim ist seit 1992 eine der am meisten untersuchten Städte Deutschlands.¹ Der wesentliche Unterschied zu den früheren Studien besteht vor allem darin, dass die sozialen Aspekte ausgeblendet und die kulturellen ganz den „wirtschaftlichen“ untergeordnet sind.² Die anderen Daten, die sich auf Hessen und Deutschland beziehen, sind vor allem den mainstream-Vorgaben aus dem „Deutschland Report 2030“ der Beratungsfirma Prognos AG und dem „Prognos Zukunftsatlas 2006“ entnommen.

2. Blindstellen und Tabuzonen

Nicht untersucht wurde ein zentraler Faktor: die finanzielle Situation der Stadt Rüsselsheim. Es fehlen alle Angaben zur Gewerbesteuer (wer zahlt, wer zahlt nicht und warum?), ebenso zum Zusammenhang des kommunalen Haushaltsdefizits mit der gesamtstaatlichen Verschuldung.

Ebenfalls nicht untersucht wurden die Strukturen und Kompetenzen der politischen und wirtschaftlichen Elite bzw. der „Experten“. Ihre Handlungsfähigkeit wird ungefragt vorausgesetzt. Nach ihrer Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand wird gar nicht erst gefragt.

Schließlich wurde die Lage und Perspektive der Mehrheitsbevölkerung tabuisiert. So wird zwar zum Beispiel die verbreitete Gegnerschaft zum Flughafenausbau plakativ kritisiert, die objektiven und subjektiven Gründe dafür werden aber nicht einmal im Ansatz erfragt. Dasselbe gilt etwa für die soziale Lage. Sie interessiert offensichtlich Auftraggeber und Autoren der Studie nicht. Tabuisiert ist auch das Verhältnis der Bevölkerung zu den verantwortlichen Parteien und den Wirtschaftsvertretern: indem dieses Verhältnis als problemlos vorausgesetzt wird, wird eine wesentliche Blockade für eine gedeihliche Zukunftsentwicklung unterschlagen.

3. Konsens-Gemeinschaft unter Experten- und Sponsoren-Fuchtel

Es wird zwar in klischeehafter Weise ein „Dialog zwischen der Stadt, den Bürgern und der Wirtschaft“ beschworen. Die Studie und das damit in Gang gesetzte Verfahren schließt allerdings die Bürgermehrheit von diesem „Dialog“ aus. Der behauptete Dialog erweist sich als Scheindialog.



Wer regiert Rüsselsheim?

Empfohlen wird, das „bürgerschaftliche Engagement“ zu verstärken. Als Akteure dieses Engagements werden aber lediglich „private Promotoren“ genannt. Sie sollen von der Stadtverwaltung gefördert werden. Die Bevölkerung soll lediglich „frühzeitig eingebunden“ werden, um „einen möglichst breiten Konsens“ herzustellen. Mit „Bürger“ sind also gar nicht die Bürger gemeint, sondern einige Sponsoren und Investoren.

Bemüht wird das beliebte Klischee von der „vorurteilsfreien Zusammenarbeit“. Allerdings bedeutet „vorurteilsfrei“ hier lediglich unverblümt und ohne nähere Begründung, dass an den Wünschen „der Wirtschaft“ nicht gezweifelt werden darf. Die Studie ist folglich selbst getragen von einem Mega-Vorurteil: Dass nämlich „die Wünsche der Wirtschaft“ gut für die gesamte Gesellschaft sind. Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte, in denen die sogenannten „Volksparteien“ zunehmend diesen Wünschen „vorurteilsfrei“ folgten, zeigt indessen, dass gerade auf diesem Wege viele Probleme erst verursacht wurden, die jetzt bekämpft werden sollen: Insbesondere die Arbeitslosigkeit, der Geburtenrückgang und die wegbrechenden Steuereinnahmen.

Die Vision von „Rüsselsheim 2020“ heißt „wirtschaftsfreundlich, modern und jung“ (S. 44). Das mag für manche gut klingen, bedeutet aber die heute vorherrschende Diffamierung der Bevölkerungsmehrheit. Mit „Wirtschaft“ ist ja in der Studie nicht die gesamte Wirtschaft gemeint, sondern lediglich die „Unternehmensführung“. Arbeiter und Angestellte gehören nach dieser Auffassung nicht zur „Wirtschaft“. Wer außerdem nicht „modern“ und „jung“ ist, kann ohnehin vernachlässigt werden.

Die Studie überdeckt die gerade durch diese Entwicklung hervorgerufenen Interessenunterschiede und Interessengegensätze. Dem Wesen von Wissenschaft und dem Wesen der Demokratie würde es dagegen entsprechen, dass vor großen Richtungsentscheidungen diese Unterschiede und Gegensätze erst einmal thematisiert werden. Die Studie setzt dagegen auf der Basis der Expertenbefragung auf ein schon mehr oder weniger vorhandenes „gemeinsames Grundverständnis“,

dem nur noch die letzte Bestätigung, der letzte Durchbruch fehlt. Mit dem als notwendig behaupteten und in der Studie schon präsentierten „breiten politischen Konsens“ dreht sich die Studie im Teufelskreis, den sie durch ihre enge Experten-Auswahl selbst hergestellt hat.

Die bisherigen politischen Mehrheitsparteien und die Vertreter der Kammern, Verbände und der verfilzten „Rüsselsheim AG“ werden ganz selbstverständlich auch als die Akteure einer besseren Zukunft vorausgesetzt. Nicht untersucht wurde, inwiefern sie den gegenwärtigen Zustand selbst herbeigeführt haben und was sie befähigen soll, plötzlich anders zu handeln. Die Studie vermerkt zurecht, dass viele Analysen sich mit der Studie „Standort Zukunft...“ von 1998 decken und dass die entsprechenden Vorschläge nicht umgesetzt wurden. (S. 37) Die neue Studie verwendet aber keine einzige Zeile auf die Frage, warum dem so ist. Auch insofern stellt die Studie trotz ihrer überquellenden Innovations-Rhetorik keinen Neuanfang dar. Es handelt sich vielmehr um die Neuauflage der alten „Rüsselsheim AG“.

Bevor man den „breiten politischen Konsens“ beschwört, sollte man erst einmal nach den Gründen fragen, warum die Beteiligung bei der letzten Kommunalwahl 2006 nur 38,4 % betrug. Dieser Tiefpunkt der Demokratie ist kein einmaliger „Ausreißer“, sondern beruht auf einem kontinuierlichen, schnellen Absturz: in der Wahl davor (2001) betrug die Wahlbeteiligung 48,1 %.³ Diese dramatische Entfremdung zwischen Bevölkerungsmehrheit und politisch-wirtschaftlicher Führung ist das eigentliche Problem: Die Bevölkerung hat den politischen Konsens aufgekündigt. Wer dies ausblendet, kann auch nicht glaubwürdig die NPD und andere Formen des Rechtsradikalismus und Rassismus bekämpfen. Mit dem Schein von „Wissenschaft“ und gegen ein Honorar von 80.000 Euro geben sich die Professoren Rürup und Hujer dafür her, dieses zentrale Problem für gegenstandslos zu erklären und mit einem schnell herbeigeredeteten „Konsens“ zu übertünchen.

4. Der „demografische Faktor“ und die Privilegien-Wirtschaft

Als Rahmenbedingung wird der „zunehmende Trend zur Alterung“ behauptet, der entscheidende Konsequenzen für Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Wohnungen und soziale Infrastruktur habe (10). Diese klischeehafte Grundthese ist die Geschäftsgrundlage des Vielfachberaters und Vielfachgutachters Prof. Rürup. Die These beruht einzig und allein auf der Annahme bzw. Absicht, dass die gegenwärtige erstarrte Privilegienstruktur in Deutschland endlos in die Zukunft fortgesetzt wird. Deren Hauptelemente sind die Kinder- und die Fremdenfeindlichkeit: Erwachsene im zeugungs- und gebärfähigen Alter können und wollen immer weniger bis gar keine Kinder haben, und die Zuwanderung wird selbst dort eingedämmt, wo sie der Verfassung widerspricht (politisches Asyl). Würden die Kinder- und Fremdenfeindlichkeit bzw. deren Voraussetzungen aufgehoben, könnte sich die Bevölkerung

in Deutschland verjüngen und vermehren. Neue Generationen und soziale Gruppen könnten sich entfalten. Das wollen jedoch die gegenwärtigen Privilegienritter verhindern, in Berlin und Frankfurt und offensichtlich auch in Rüsselsheim.

Dass es in einem europäischen Staat mit gleicher Gesellschaftsordnung auch ganz anders geht, zeigt etwa Frankreich: Aufgrund der Förderung von Kinderkrippen und Kindergärten und aufgrund weniger restriktiver Einwanderungspolitik wächst die Bevölkerung des Nachbarstaats seit einigen Jahren wieder. Der Rürup'sche „demografische Faktor“ ist plötzlich unwirksam. Er ist kein Naturgesetz, er kann mit einfachsten Mitteln durch politische Gestaltung außer Kraft gesetzt werden. Frankreich, das gegenwärtig etwa 21 Millionen Einwohner weniger hat als Deutschland, würde so im Jahre 2035 mehr Einwohner haben. Dann würde auch die französische Wirtschaft „doppelt so schnell wachsen wie die deutsche“. ⁴ So einfach kann die „wissenschaftliche“ Grundlage des Prof. Rürup widerlegt werden.

Wenn sich die Stadt Rüsselsheim den Rürup'schen Vorgaben anschließt, zeugt dies von historischer Blindheit und diskreditiert die politische und wirtschaftliche „Führung“.

5. „Automotiv cluster“ und Flughafen: Unsichere Arbeitsplätze und Öko-Keulen

Die Studie setzt zwei Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung:

1. die Förderung eines „automotive cluster“
2. den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

1.

Die vom Beratungsunternehmen Prognos entwickelte Cluster-Strategie⁵ besagt, dass sich in der globalisierten Wirtschaft um einige wenige Großunternehmen durch Verbund- und Synergieeffekte ein „Haufen“ (cluster) von mittleren und kleinen Unternehmen gruppiert. In wenigen Regionen verdichten sich diese Cluster im großen Stil, während andere Regionen notwendigerweise verkümmern. So soll die „Achse von Frankfurt über Stuttgart bis zum Bodensee“ das „wirtschaftliche Kraftzentrum der Republik“ darstellen, während z.B. „der Osten Deutschlands“ hoffnungslos hinterherhinkt, mit wenigen Ausnahmen wie Dresden und Leipzig, wo sich auf engstem Raum, umgeben von sich entvölkernden Landschaften, einige Cluster mit Chip- und Automobilproduktion gebildet haben.

Das bedeutet nicht nur das immer weitere Auseinanderdriften zwischen armen und reichen Regionen, sondern auch eine noch weitere Über- und Unterordnung zwischen global players, Mittel- und Kleinbetrieben. An der Spitze stehen die strahlenden Sieger der Entwicklung, die Aktionäre und Topmanager etwa von

General Motors und Fraport, am Ende stehen die öffentlich unsichtbaren Ein-Euro-Tagelöhner, die in den Stoßzeiten der Speditionen und Caterer auf ihren kurzfristigen Einsatz warten. Das bedeutet, dass auch innerhalb einer Stadt, die nahe am Zentrum eines großen Clusters liegen soll wie Rüsselsheim, eine innere, soziale Polarisierung stattfindet.

Als Schwäche Rüsselsheims wird das Image als „Arbeiter- und Industriestadt“ beklagt. Aufschlussreich ist, dass dieses Image zugleich mit der Bezeichnung „farblos und hausbacken“ assoziiert wird. Dem wird als Silberstreif am Horizont entgegengehalten, dass bei Opel/General Motors in Rüsselsheim inzwischen mehr Beschäftigte in den Bereichen Forschung & Entwicklung und in der Verwaltung tätig sind als in der Produktion. (S. 35) Wegen der Ansiedlungen der GM-Tochter Saab und von Hyundai wird deshalb als moderne Alternative ein „automotive cluster“ vorgeschlagen. Damit aber kehrt die alte Abhängigkeit in neuer Gestalt zurück. Es wird nicht auf die traditionellen Produktionsarbeiter gesetzt, sondern auf die hochqualifizierten Forscher und Entwickler. Sie stellen allerdings nur eine Minderheit dar. Sie ist wichtig, aber auf sie kann kein Gesamtkonzept aufgebaut werden.

Die Studie konstatiert zurecht die steigende Arbeitsproduktivität. Dies würde für die Automobilindustrie in Rüsselsheim bedeuten, dass die Bruttowertschöpfung bis 2020 um etwa 30% steigen, dass aber die Zahl der Beschäftigten stagnieren würde. (S. 11) Es trifft zu, dass die Arbeitsproduktivität aufgrund des technischen Fortschritts so schnell wie nie zuvor in der Geschichte steigt; aber diejenigen, die die modernen Instrumente bedienen, haben daran keinen angemessenen Anteil. Auch die Autoren von „Rüsselsheim 2020“ setzen unkommentiert voraus, dass die steigende Arbeitsproduktivität einseitig den Eigentümern, hier dem US-Kapital zugute kommen soll. Dies ist keine wissenschaftliche Analyse, sondern eine tendenziöse, unsoziale, ideologisch bedingte Vorgabe.

In Verbindung mit der Tatsache, dass Opel seit Jahren keine Gewerbesteuer zahlt, weil die Gewinne ins Ausland verlagert und an die Muttergesellschaft abgeführt werden, ist deshalb zu bilanzieren: Ein „automotive cluster“ nach dem Rürup-Modell ergäbe Privilegien für eine umhätschelte Minderheit der Forscher und Entwickler, für die Stadt selbst ergäbe sich die Forderung nach immer mehr Vorleistungen aus der öffentlichen Kasse, während die Vorteile für die Stadt sich in Nachteile verkehren. Die Stadt würde noch weiter erpressbar als sie es jetzt schon ist.

2.

Die zweite Priorität ist der Ausbau des Flughafens. Die Gutachter Hujer und Rürup haben einseitig im Interesse der Flughafenaktionäre und des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch für den Ausbau des Flughafens gegutachtet.⁶ Der Fraport-cluster hätte strukturell dieselben Auswirkungen wie der „automotive“-cluster. Die Studie „Rüsselsheim 2020“ macht Stimmung gegen die

Flughafengegnerschaft, obwohl in der Studie selbst erkannt wird, dass der weitere Ausbau des Flughafens eine Verschlechterung der Arbeits-, Lebens- und Wohnqualität in Rüsselsheim bedeutet. Die Rüsselsheimer Innenstadt liegt in der Einflugschneise des Flughafens.

Es kommt hinzu, dass gerade Automobilproduktion und Flugverkehr unter allen Industrie- und Beschäftigungsbereichen die größten Öko-Keulen darstellen. Und für Rüsselsheim sollen gerade diese beiden Klimakiller auch noch miteinander kombiniert werden! So könnte Rüsselsheim bald den 1. Preis als klimaschädlichster Standort Deutschlands erringen. Die seit Jahrzehnten bekannte dramatische Handlungssituation für die Abwendung der Klima-Katastrophe ist offensichtlich noch nicht zu den Wissenschaftlern Rürup und Hujer durchgedrungen, auch nicht zu den „Verantwortlichen“ der Rüsselsheimer Volksparteien.

Es ist aber offensichtlich, dass die notwendigen Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe allmählich greifen, selbst in den USA. Dies bedeutet zugleich, dass die Automobilproduktion – und zusätzlich die technologisch rückständigste wie die von General Motors und den USA überhaupt – und der Flugverkehr langfristig keine sicheren Arbeitsplätze bieten.

6. „Magnet Innenstadt“ oder: Von Sachsen lernen heißt schrumpfen lernen

Die Innenstadt soll laut Studie zu einem hochwertigen und hochverdichteten Kauf-Event-Genuß-Zentrum mit „hoher Besuchsfrequenz“ ausgebaut werden, um zahlungskräftige Käufer, Besucher, Touristen und die Rüsselsheimer selbst anzulocken. Auch die Bewohnerstruktur soll nach diesen Gesichtspunkten geändert werden: „Vor allem bürgerliche Mittelschicht, Studenten und junge Familien sind für die Innenstadt als Wohnstandort zu interessieren.“ Die „Wohnattraktivität“ soll verbessert werden, um „Hochqualifizierte“ anzuziehen. (Seite 17) An Stadtbücherei, Volkshochschule und Theater wird bemängelt, dass sie nicht nur überdimensioniert sind, sondern dass sie auch nicht nah genug im Stadtzentrum liegen und deshalb als „Frequenzbringer für die Innenstadt“ ausfallen (S. 34) Deshalb sollen „überdimensionierte“ öffentliche Infrastruktureinrichtungen im Zentrum und in den Stadtteilen abgebaut, weniger „attraktive“ Stadtteile und eingemeindete Teile sollen gesund geschrumpft werden. Stadtteile jenseits der innerstädtischen City sollen ausgedünnt werden. (Seite 34)

Auch dieser Vorschlag folgt dem „cluster“-Muster: nicht nur unternehmerische, sondern auch städtebauliche „Leuchttürme“ bzw. „Magneten“ sollen Lokomotiven der Entwicklung sein. In Ostdeutschland wurde nach diesem Muster das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ entwickelt: für Industrieansiedlungen und Innenstadtsanierungen zahlt der Staat extrem hohe Zuschüsse, Arbeitsplätze für Billiglöhner werden subventioniert, gleichzeitig werden vor allem in ländlichen

Regionen Schulen, Kommunalverwaltungen u.ä. geschlossen, Wohnungen werden mit staatlichen Zuschüssen abgerissen.

Seit einigen Jahren gibt es nach dem Ost-Vorbild auch das Förderprogramm „Stadtumbau West(deutschland)“, davon folgsam abgeleitet wiederum das Förderprogramm „Stadtumbau in Hessen“. Es steht unter dem Motto „Stadtentwicklung ohne Wachstum“. Dabei soll u.a. „ein dauerhaftes Überangebot an baulichen Anlagen“ abgebaut werden (S. 5). Es ist sicher unnötig zu betonen, dass die Vielfachgutachter im Rahmen dieses Programms fließbandartig in zahlreichen hessischen Städten tätig sind, so in Volkmarsen, Hessisch-Lichtenau, Neustadt, Hadamar, Biedenkopf, Gelnhausen und Bad Soden-Salmünster.⁷ Das Ziel einer für das Land und die Gesellschaft einheitlichen Entwicklung, die grundgesetzlich vorgegebene politische Handlungsmaxime „Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse“ wird aufgegeben. Die Strategie ist verfassungswidrig.

Weil Sachsen in Deutschland und Europa als „Vorreiter“ der kombinierten Leuchtturm/Schrumpf-Strategie gilt, hat sich der hessische Ministerpräsident Roland Koch mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt zu einer „demografischen Partnerschaft“ zusammengetan. „Von Sachsen lernen heißt schrumpfen lernen“.⁸ Laut Koch befindet sich erst Nordhessen auf Schrumpfkurs, das sei nur der Anfang.

Die Nutzung der freigewordenen Opel-Areale für eine aufgehübschte Innenstadt orientiert sich zudem eng an den Interessen der Adam Opel GmbH. „Das Interesse von GM ist, das Gelände ohne finanziellen Verlust zu vermarkten.“ (S. 81) Die Rendite-Vorgaben der gesteigert renditeorientierten Muttergesellschaft General Motors, die das marode Konkurrenzunternehmen Chrysler aufkaufen will, kann man sich in der Tat nicht hoch genug vorstellen.

„Circa 30 Prozent des Werksareals werden nicht mehr benötigt. Diese zur Disposition stehenden Flächen bieten der Stadt langfristig große Chancen“, wird freihändig behauptet. Auch hier kommt trotz Beschwörung des Gegenteils die alte „Rüsselsheim AG“ von ihrer alten Opel-Abhängigkeit nicht los. Warum das verständliche Interesse von General Motors an der profitablen Verwertung der nicht mehr benötigten Immobilien umstandslos auch im Interesse der Stadt liegen soll, bleibt unerklärt. Daß Opel einen Teil des Honorars für die Studie bezahlt hat, kann als ein Hinweis verstanden werden, welche Interessen hier durchgesetzt werden sollen.

Die Leuchtturm/Schrumpf-Strategie wird auch im Bereich der Einkaufsmöglichkeiten verfolgt. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass auch zukünftig die Kaufkraft insgesamt nicht steigt. Gleichzeitig wollen sie aber die Einkaufsmöglichkeiten im

Interesse ihrer betucht-modernen Minderheitsklientel umgestalten. Als Zielgruppen („neue Käufertypen“) für die Innenstadt und das Opel-Forum werden definiert:

1. kaufkräftige und serviceorientierte Senioren;
2. junge konsumfreudige Singles, die teure und exklusive Produkte in kleinen Verpackungsgrößen nachfragen,
3. konsumfreudige und markenorientierte Migranten, die spezielle Produkte suchen. (S.87)

Weil die Kaufkraft insgesamt aber nicht steigt, wird die Entwicklung von „Konsumnischen“ empfohlen: Wellness, erlebnisorientierter Einkauf mit Zusatzangeboten in Freizeit, Kultur und Gastronomie. Auch hier wird eine privilegierte Minderheit umworben. Weiter wird die Errichtung eines anspruchsvollen Baumarkts und von verkehrsgünstig gelegenen Großkaufhäusern auf der grünen Wiese empfohlen. Dem würden die Nahversorgung in den Stadtteilen und angestammte Fachgeschäfte in der Innenstadt zum Opfer fallen. Was das mit einer verantwortlichen Stadtentwicklung zu tun haben soll, wird nicht einmal im Ansatz zu erklären versucht.

7. Die Abschaffung des öffentlichen Raums: Business Improvement District

Mit der Leuchtturm-/Schrumpf-Strategie wird eine durchgehende Polarisierung der Bewohner, der Wirtschaft, der Arbeitsplätze, der Stadtteile, der Wohnqualität, der kulturellen Versorgung usw. in Gang gesetzt. Arm und Reich, alt und jung, hochqualifiziert und unqualifiziert usw. driften immer weiter auseinander.

Mit dem aus den USA übernommenen Konzept der Business Improvement Districts (BID) soll den damit verbundenen Gefahren der auf die hochwertigen Geschäfte, Straßen und Immobilien übergreifenden Verwahrlosung entgegengewirkt werden. Die Armen, Alten, Unqualifizierten, Ausgegrenzten sollen von den hochwertigen Kauf- und Erlebnisinseln der „neuen Käufertypen“ ferngehalten werden. Zum „Erhalt der Immobilienwerte“ sollen sich nach dem BID-Modell die Inhaber der hochwertigen Geschäftsstraßen zusammenschließen und einen Pflichtbeitrag entrichten, sodass das BID-Management mit einem eigenen Budget wirtschaften kann. So können eigene Sicherheitskräfte beauftragt werden, die öffentliche Nutzung kann eingeschränkt, eigene Zugangskriterien können durchgesetzt werden. Das führt zu zusätzlichen Barrieren in der Gesellschaft. Der öffentliche Raum wird eingeschränkt. Der Zusammenhalt der Gemeinschaft wird zerstört, die „Sicherheitsprobleme“ nehmen zu.

Als straßenbauliche Maßnahme steht etwas anderes an. Die Studie fällt mit dem Motto „autogerechte Stadt“ auf den verbrauchten Slogan der 60er Jahre zurück. Das

entspricht dem perspektivlosen Vorschlag des „automotive cluster“, der ebenfalls die Abhängigkeit vom Auto erneuern würde. Die heute völlig überdimensionierten Zubringer zum Opelwerk wurden gebaut, als das Unternehmen 42.000 Arbeitsplätze hatte. Mit heute 19.000 Arbeitsplätzen und der weiter sinkenden Tendenz sind die alten, scheinbar paradiesischen Zustände der „autogerechten Stadt“ längst vorbei. Die Zubringer sind nicht nur überdimensioniert, sondern sie zerschneiden die Stadt auch wie Grenzen. Rückbau ist die einzig sinnvolle Perspektive.

8. „Strukturelles Haushaltsdefizit“ – selbstverschuldet?

Die Studie stellt ein „strukturelles Haushaltsdefizit“ fest. Dem ist nicht zu widersprechen. Dieses „Schicksal“ teilt Rüsselsheim mit den meisten Städten in Deutschland. Damit in Verbindung wird behauptet, „die Bevölkerung“ weise eine „hohe Versorgungsmentalität“ auf, was „Sparanstrengungen und Prioritätenverschiebungen bei der Finanzierung von freiwilligen Leistungen“ erschwere. (S. 34) Es ist jedoch nicht einsichtig, wie vom Haushaltsdefizit auf die angebliche „Versorgungsmentalität“ geschlossen wird. Es handelt sich lediglich um eine Diffamierung, die in den Kreisen der hier tätigen Gutachter und der von ihnen befragten „Experten“ zum beliebten Klischee verfestigt ist.

Die Unwissenschaftlichkeit und Vordergründigkeit dieser Darstellung zeigt sich auch darin, dass die Gründe für das strukturelle Haushaltsdefizit allein in der Kommune Rüsselsheim selbst gesehen werden. Dass dies falsch ist, weiß heute jedes Kind, nur die Gutachter und die von ihnen befragten „Experten“ wissen es anscheinend nicht. Bekanntlich weisen Landes- und Bundesregierung den Kommunen immer weniger Geld und immer mehr Aufgaben zu. Bekanntlich gehen dem Staatshaushalt durch Steuergeschenke an Großunternehmen Einnahmen verloren, ohne dass dies zu dem versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung führt. Aber für demagogische Zwecke und zur Anklage der „Versorgungsmentalität“ ist es offensichtlich passend, die Verschuldung der Stadt der „Versorgungsmentalität“ der Bürger anzulasten.

Es ist illusorisch, dass sich die Stadt selbst aus dem Schuldensumpf zieht. Die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen sind erstens unsozial, zweitens begrenzt und letztlich nie ausreichend. Dieses perspektivlose Kaputtsparen ist der grundsätzlich falsche Ansatz.

9. Der Gutachter als abschreckendes, aber aufklärendes Beispiel

Professor Dr. Rürup ist ein herausragender Repräsentant eines unsozialen Umbaus des Sozialstaats und der Unternehmen. Mit seiner Beauftragung haben die gegenwärtigen Verantwortlichen in der Stadt Rüsselsheim und bei der Opel GmbH,

bewusst oder in traumwandlerischer Unkenntnis eine eindeutige Vorentscheidung getroffen. Der Vorsitzende des Rates der „Wirtschaftsweisen“ und zahlreicher Beratungs-Kommissionen ist daneben noch als vielbeschäftigter Referent und Vielfachgutachter tätig. Ach so, fast hätten wir es vergessen: „Neben“ all diesen zahlreichen und gut honorierten Tätigkeiten ist er im Hauptberuf „eigentlich“ Professor an der TU Darmstadt.

Professor Rürup manifestiert somit auch in seiner Person eine typische Erscheinung des gegenwärtigen asozialen Umbaus der Sozialsysteme: Er hat eine unkündbare Lebensstellung als Staatsbeamter und bezieht ein entsprechendes Gehalt und muß nicht für seine Rente sorgen. Auf dieser Basis geht er zahlreichen zusätzlich bezahlten Tätigkeiten einschließlich des Betreibens eines eigenen privaten Unternehmens nach und ist für weitere Privatunternehmen wie Bulwien und Partner GmbH tätig. Solchen Prinzipien der Verrechnung bzw. Ablieferung, wie sie von anderen Beziehern staatlicher Gelder gefordert werden, unterliegt er nicht, seine Zusatzverdienste sind unbegrenzt. In diesen privilegierten Funktionen arbeitet er mit Hilfe der Wissenschaft an der De-Privilegierung der Mehrheit der Bürger:

- Die „Rürup-Rente“ subventioniert auf Kosten des Staates die privatrechtlich organisierten Renten von Gutverdienern und Selbständigen, die bis zu 20.000 Euro (Singles) und 40.000 Euro (Verheiratete) an jährlichen Beitragszahlungen steuermindernd ansetzen können.
- Rürup war maßgeblich beteiligt an der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre; dies bedeutet real eine Rentenkürzung.
- Rürup tritt für eine pauschale Gesundheitsprämie ein; auch dies bedeutet einen Bruch mit dem Solidarprinzip. Ob arm ob reich, alle sollen 210 Euro monatlich zahlen. Die Beträge, die durch die Privilegierung der Gutverdiener und der Leistungsfähigen somit fehlen, soll der Staat ausgleichen, wobei die Steuermittel des Staates nach der Rürup-Logik vor allem von denen aufgebracht haben, die zu den unteren Einkommensgruppen gehören.

Die Maßnahmen nach dem Rürup-Muster laufen auf die einseitige, weitergehende Privilegierung der Unternehmer- und Kapitaleseite und die weitergehende De-Privilegierung der Arbeitnehmer und Transferempfänger hinaus. Die steigenden Gewinne für zunehmend anonym bleibende Großeigentümer bleiben tabu. Das „Neue“ an seinen Vorschlägen ist lediglich, dass nach US-amerikanischem Vorbild Renten, Gesundheitspauschalen, Unternehmensgründungen, Stadtumbau u.ä. aus öffentlichen Steuermitteln subventioniert werden, womit die Steuerbelastung der „Normalverdiener“ ebenso wie der Sozialabbau immer schärfere Formen annimmt.



10. Statt Privatisierung: Ausbau öffentlicher Dienstleistungen

Die behauptete Überversorgung und Überdimensionierung mit öffentlicher Infrastruktur in Rüsselsheim besteht nicht. Vielmehr wurden schon bisher Migrantenberatung, Altentreffs, ein Schwimmbad u.ä. abgebaut. Angesichts der sozialen Entwicklung sind dagegen zusätzliche Einrichtungen nötig.

Genauso wenig greift die Begründung für die Privatisierung von Müllabfuhr, Grünpflege und Lachebad. In vielen Städten werden inzwischen derartige Privatisierungsverträge gekündigt. Sie bringen in der Regel erhöhte Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, Steuerausfälle, schlechtere Leistungen sowie höhere Preise und Gebühren.

Auch die Gründung einer internationalen Privatschule ist unsozial. Gezielte Internationalität tut unseren Kindern und Jugendlichen gut, aber es ist nicht zwingend, dass dies in privater Trägerschaft organisiert werden soll. Eine Privatschule wäre ein weiterer Baustein für die soziale Segregation. Warum dies von der Stadt und dem Land Hessen gefördert werden sollte, entzieht sich jeder demokratischen Begründung.

Genauso wenig greift der Vorschlag, Stadtwerke und Betriebshöfe zugunsten von Wohngrundstücken und Luxuswohnungen für die umworbene Minderheit der Singles und gut verdienende Hochqualifizierte zu verlagern.

Statt schon in den ersten beiden Jahren für die Umsetzung der Studie 730.000 Euro auszugeben, sollten sich Stadtverwaltung, politische Parteien und Bürger auf ihre eigenen Kräfte besinnen. Der Ausbau der Stadtwerke und der öffentlichen Einrichtungen ist das Gebot der Stunde, verbunden mit Erweiterung der fachlichen Kompetenzen der städtischen Angestellten und mit dem Aufbau effektiver Verwaltungsverfahren.

Fußnoten

- 1 Z.B. Arbeitskreis Wirtschaftsförderung und Standortmarketing: „Standort Zukunft. Programm zur Wirtschaftsentwicklung für Rüsselsheim 2020“, Rüsselsheim 1998
- 2 Vgl. „Wege zu einer sozialen Stadt der Zukunft“, Rüsselsheim 2001
- 3 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Endgültiges Ergebnis der Gemeindewahl am 26.3.2006
- 4 „Frankreich bald größte Wirtschaft in Europa“, Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.2.2007
- 5 Vgl. Prognos AG: Prognos Zukunftsatlas 2006. Branchen im Fokus – Wer verfügt über Kompetenzen und Clusterpotentiale?
- 6 Arbeitsgemeinschaft Bulwien und Partner GmbH u.a.: Einkommens- und Beschäftigungseffekte des Flughafens Frankfurt/Main, München/Frankfurt/Darmstadt 1999
- 7 Vgl. die Referenzliste der Hessen Agentur Stadtentwicklungs GmbH
- 8 Hessische Staatskanzlei / Sächsische Staatskanzlei: Den demografischen Wandel gestalten – Zukunftschancen sichern. Gemeinsame Erklärung vom 16. Februar 2007

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Studie „Rüsselsheim 2020“ ist unwissenschaftlich und undemokratisch. Sie will Rüsselsheim neuen Abhängigkeiten unterwerfen und für eine Minderheit neue Privilegien schaffen. Sie setzt den Zusammenhalt der Gemeinschaft und der Gesamtstadt aufs Spiel. Im Unterschied dazu ergeben sich folgende Vorschläge:

Rüsselsheim als selbstbewusste Stadt

Ausbau der öffentlichen Unternehmen/Stadtwerke;
Erstellung eines öffentlichen Gewerbesteuer-Registers;
Die Stadt muß die politische Hoheit über die Bebauung des Opel-Areals behalten und über das Baurecht Einfluß nehmen;
Initiative „Solidarische Kommune“ mit Vertretern aus anderen Städten - regional, überregional und aus anderen europäischen Staaten

Rüsselsheim als soziale Stadt

Ausbau der sozialen und Bildungs-Infrastruktur mit schulärztlichem Dienst, Kinderkrippen und Kindergärten, Jugend-, Senioren- und Migrantentreffs;
Förderung von Genossenschaften und von betrieblich selbständigen Tauschringen,
Bau von Wohnungen mit Eigenarbeitsanteil

Rüsselsheim als ökologische Stadt

Stopp des Flughafenausbaus;
Rückbau der überdimensionierten Straßenzubringer,
Ausbau der Radwege
Wärmedämmung, Lärminderung

Rüsselsheim als demokratische Stadt

Öffentliche Befragung der Bevölkerung zu den genannten Schwerpunkten, alternativ zur „Experten“-Befragung der Studie